

Bundesminister des Auswärtigen  
Herr Joschka Fischer  
Werderscher Markt 1

10117 Berlin

Berlin, 28. April 2005

pr/pv

## OFFENER BRIEF

### **Abrüstung der Kernwaffenstaaten und Verschrottung der in Deutschland lagernden Atomwaffen**

Sehr geehrter Herr Außenminister,

wir rufen Sie dringend dazu auf, in Ihrer bevorstehenden Rede bei der Überprüfungs-konferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) in New York die Kernwaffenstaaten und vor allem die USA an ihre völkerrechtliche Abrüstungs-Verpflichtung zu erinnern. Die USA und die anderen Kernwaffenstaaten müssen endlich - wie in Artikel VI des NVV vorgesehen - Verhandlungen „über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ aufnehmen. Machen Sie deutlich, dass die fortgesetzte Verweigerung substanzieller Abrüstungsschritte zu einer Vergrößerung der Proliferationsgefahr führt.

Die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gehören zu den furchtbarsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit. Über 200.000 Menschen wurden durch diese Bomben grausam getötet. Weitere Hunderttausende Verwundete und Verkrüppelte und ihre Angehörigen mussten und müssen unter den Folgen dieser Atombombeneinsätze leiden. Hiroshima und Nagasaki haben auch den Beginn für ein globales nukleares Wettrüsten markiert, das unseren Planeten während des Kalten Krieges und trotz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen an den Rand atomarer Vernichtung geführt hat.

Alarmierend ist, dass auch heute, 34 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses „Atomwaffensperrvertrages“, in dem sich die Kernwaffenstaaten zur vollständigen nuklearen Abrüstung verpflichtet haben, und mehr als 13 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes nicht etwa verringert, sondern sogar wieder gestiegen ist. Verantwortlich für diese Entwicklung ist vor allem das Verhalten der

US-amerikanischen Regierung unter George W. Bush. Einerseits sperrt sie sich dagegen, mit der nuklearen Abrüstung ernst zu machen, zu der sie sich im Atomwaffensperrvertrag verpflichtet hat. Gleichzeitig zieht sie in völkerrechtswidriger Weise einen erneuten Atomwaffeneinsatz wieder in ihre militärischen Überlegungen ein. Dies belegt die Nationale Sicherheitsstrategie der USA (2002), die „Präemption“, also den „vorbeugenden“ Erstschlag, ausdrücklich als Motivation für einen Kriegseinsatz nennt, sowie die „Nuclear Posture Review“ (2002), die die Entwicklung neuer taktischer Atomwaffen („bunkerbreaking weapons“ bzw. „mini-nukes“) anregt.

Diese Neuorientierung US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik rückt nicht nur einen erneuten Einsatz einer Atombombe wieder in den Bereich des Möglichen, sondern sie motiviert darüber hinaus die Nicht-Kernwaffenstaaten, sich auf dem Wege der Proliferation Technologie und Komponenten für den Bau eigener Atomwaffen zu beschaffen. Insofern befördert die Politik der US-Regierung die internationale nukleare Proliferation, die sie zu bekämpfen vorgibt.

Schließen Sie sich daher der Forderung des internationalen Bürgermeister-Bündnisses „Mayors for Peace“ an, an dem auch zahlreiche deutsche Bürgermeister beteiligt sind. Die „Mayors for Peace“ fordern eine verbindliche Vereinbarung eines Zeitplans für die Abschaffung aller Atomwaffen bei der diesjährigen NVV-Überprüfungskonferenz, den Abschluss einer Atomwaffenkonvention auf der Überprüfungskonferenz 2010 und letztendlich eine atomwaffenfreie Welt bis zum Jahre 2020.

Darüber hinaus fordern wir Sie und die Bundesregierung dazu auf, auch innerhalb Ihrer eigenen Kompetenzen die derzeitige Dynamik für nukleare Abrüstung in Europa zu nutzen. Unter dem Druck der griechischen Regierung sind im Jahre 2001 sämtliche US-amerikanischen Atomwaffen aus Griechenland abgezogen worden. In Belgien hat der Senat die belgische Regierung im März 2005 dazu aufgerufen, sich für den Abzug der in Belgien gelagerten Atomwaffen einzusetzen. In der Türkei fordert die immer stärker werdende Friedensbewegung den Abzug und die Verschrottung der Atomwaffen aus der Türkei.

In Deutschland lagern derzeit 150 US-amerikanische Atomsprengköpfe. Aufgrund der NATO-Vereinbarungen zur „nuklearen Teilhabe“ könnten es deutsche Tornado-Flugzeuge und für einen Nuklearwaffeneinsatz geschulte deutsche Piloten der Bundesluftwaffe sein, die eine oder mehrere der 20 in Büchel gelagerten Atombomben auf NATO-Einsatzbefehl in ein Einsatzgebiet bringen und zünden würden. Diese Vereinbarungen verletzen somit den Geist des Nichtverbreitungsvertrages. Wir rufen Sie daher dazu auf, dem Beispiel Griechenlands zu folgen und den Abzug und die Verschrottung der 150 Atomwaffen aus Ramstein und Büchel durchzusetzen. Wir appellieren an Sie, Ihre Rede in New York dazu zu nutzen, um anzukündigen, dass Deutschland in Zukunft keine Piloten und Flugzeuge mehr für einen möglichen Atomwaffeneinsatz bereitstellen wird. Dies wäre ein Schritt, den die Bundesregierung tun könnte, ohne sich in die Zuständigkeiten anderer Staaten einzumischen. Er würde nicht nur ein wichtiges abrüstungspolitisches Signal setzen, sondern wäre ein sichtbarer Einstieg in die Abrüstung taktischer Atomwaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Hipp  
Kampagnen-Geschäftsführer